

K-02 Lebenswerte Orte, lebendige Demokratie – Kommunen stärken, Zukunft sichern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 14.10.2025
Tagesordnungspunkt: KP Starke Kommunen

Antragstext

1 Unsere Kommunen sind das Herz und Rückgrat unseres Landes. Hier spielt sich das
2 Leben ab: Morgens bringen Eltern ihre Kinder in die Kita, Schulkinder warten an
3 der Bushaltestelle. Auf dem Weg zur Arbeit trifft man Nachbar*innen, die kurz
4 beim Bäcker halten. Am Nachmittag zieht es Jugendliche auf den Bolzplatz,
5 während Senior*innen im Schwimmbad ihre Bahnen ziehen oder auf dem Marktplatz
6 plaudern. Und abends übt die Freiwillige Feuerwehr für den Ernstfall. Hier,
7 direkt vor unserer Haustür, finden Gemeinschaft und Zusammenhalt statt.

8 Dieses Zusammenleben fällt nicht vom Himmel. Es braucht dafür Menschen, die sich
9 gegenseitig respektieren und die gemeinsam füreinander da sind. Es braucht Orte,
10 an denen die Menschen sich begegnen und die allen offenstehen. Und es braucht
11 Rahmenbedingungen, die es den Menschen vor Ort ermöglichen, ihr Zusammenleben zu
12 gestalten. Kommunen können diese Rahmenbedingungen nicht allein sicherstellen:
13 Vielfältige Beziehungen zu den Bundesländern und zum Bund bestimmen kommunale
14 Handlungsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass genau dort die
15 antidemokratischen Kräfte am stärksten sind, wo Strukturen und Orte des
16 Zusammenlebens fehlen. Starke Kommunen hingegen schaffen Freiräume, damit der
17 eigene Ort gemeinsam entwickelt werden kann und Menschen dabei auch erleben,
18 dass ihr persönliches Engagement wirksam und wertvoll ist. Das stärkt das
19 Zusammenleben. Und deshalb gilt: Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie
20 und der Schlüssel für eine gerechte, nachhaltige Zukunft.

21 Doch genau dieses Fundament bröckelt. 2024 mussten die deutschen Kommunen ein
22 Rekorddefizit von 25 Milliarden Euro verbuchen. Vielerorts sieht man die Folgen
23 schon jetzt: marode Schulen mit undichten Dächern, Bibliotheken mit verkürzten
24 Öffnungszeiten, Sportstätten, die schließen müssen, und Straßen, die nicht
25 repariert werden. Junge Familien finden keinen Kitaplatz, weil Personal fehlt,
26 und Theater müssen schließen, weil Zuschüsse gestrichen werden. Gleichzeitig
27 haben die Kommunen neue und wichtige Aufgaben erhalten – mehr Kitaplätze,
28 Ganztagsbetreuung, Unterstützung für Menschen mit Behinderung oder die Aufnahme
29 Geflüchteter etwa –, ohne dass ihnen von Bund und Bundesländern ausreichende
30 finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Die Folge: Städte und Gemeinden tragen
31 erhebliche Mehrkosten bei Personal, Infrastruktur und laufendem Betrieb, ohne
32 dafür verlässlich ausgestattet zu sein. Dazu stehen enorme Zukunftsaufgaben an:
33 Klimafolgen wie Überschwemmungen oder Hitzewellen machen Investitionen in
34 Wasserleitungen, Begrünung und moderne Klimatechnik dringend notwendig. Auch die
35 alternde Gesellschaft stellt Kommunen vor immer größere Herausforderungen. Die
36 Bundesregierung verschließt die Augen davor, dass kommunale Handlungsfähigkeit
37 auf ausreichende, auch finanzielle Gestaltungsspielräume angewiesen ist. Dabei
38 schafft das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz, das maßgeblich von
39 uns mitgestaltet wurde, gute Voraussetzungen. Doch Merz, Klingbeil und Dobrindt
40 nutzen diese Chance nicht und gefährden damit die Grundlagen für ein gutes
41 Zusammenleben vor Ort. Dem stellen wir uns entgegen.

42 Am Ende geht es um nichts weniger als um die Frage, ob das Leben vor Ort
43 funktioniert. Ob Kinder in sanierten Schulen lernen. Ob die Feuerwehr
44 rechtzeitig ausrücken kann. Ob die Oma rechtzeitig mit dem Rettungswagen ins
45 Krankenhaus kommt. Ob junge Leute in ihrem Ort eine Zukunft sehen oder wegziehen
46 müssen.

47 Wir wollen, dass Kommunen wieder handlungsfähig werden. Dass Busse und Bahnen
48 zuverlässig fahren. Dass Kitas, Schwimmbäder, Theater, Museen, Jugendzentren,
49 Sportplätze und Straßen nicht als Kostenfaktor, sondern als Lebensadern unserer
50 Gesellschaft gesehen werden. Das heißt: Es braucht eine verlässliche finanzielle
51 Ausstattung, weniger Bürokratie und mehr Raum für Eigeninitiative.

52 Dafür reicht es allerdings nicht, mit einem Teil des Sondervermögens für
53 Investitionen das Scheckbuch zu zücken, wie es die Union tut, aber keinen Wert
54 auf eine nachhaltige finanzielle Ausstattung der Kommunen zu legen. Wer Kommunen
55 nicht dauerhaft absichert, ist dafür verantwortlich, dass bald wieder über
56 Kürzungen und marode Strukturen diskutiert wird. Wir dagegen sagen: Kommunale
57 Handlungsfähigkeit wiederherstellen – und zwar nachhaltig.

58 Das bedeutet: Kommunale Pflichtaufgaben müssen zuverlässig und dauerhaft
59 finanziert werden. Wenn der Bund oder die Länder neue Aufgaben für die Kommunen
60 beschließen, dann müssen sie auch für die Kosten geradestehen. Damit senkt eine
61 auskömmliche und bedarfsgerechte Finanzierung die Abhängigkeit kommunaler
62 Akteure von Förderprogrammen der Länder, des Bundes oder der EU. Gleichzeitig
63 bedeutet dies aber auch, dass Kommunen sich aus diesen Mitteln um ihre Aufgaben
64 kümmern müssen.

65 Geld ist nicht alles. Bund und Länder müssen auch ihre Aufgaben bei der
66 Vereinfachung von Verwaltungsprozessen erfüllen: Deshalb darf Digitalisierung
67 kein Schlagwort bleiben, sondern muss den Alltag in Rathäusern und
68 Landratsämtern wirklich erleichtern. Der Bund muss zentrale
69 Digitalisierungslösungen bereitstellen, um Verwaltungskosten zu senken und
70 Personal zu entlasten. Unser Ziel ist das „Once-Only-Prinzip“: Bürger*innen
71 geben ihre Daten nur einmal an – Behörden greifen sicher darauf zu, wenn es
72 nötig ist. Das spart Zeit, senkt Kosten und entlastet Personal. Dies erfordert
73 gemeinsame Standards zwischen den Kommunen und zentralen Stellen zur Bearbeitung
74 öffentlicher Leistungen. In Zukunft sollten Verwaltungsvorgänge ohne
75 Ermessensspielraum digital erfolgen und bundesweit einheitlich umgesetzt werden.
76 So wird Verwaltung verlässlich: ob bei der Kfz-Anmeldung, beim Wohnsitzwechsel
77 oder einer Unternehmensgründung.

78 Wir kämpfen für starke, selbstbestimmte und finanziell gesunde Kommunen, die
79 ihre Verantwortung selbst in die Hand nehmen können. Denn nur wenn es unseren
80 Städten, Gemeinden und Landkreisen gut geht, geht es auch unserem Land gut. Dazu
81 schlagen wir vor:

82 **Eigenverantwortung stärken**

83 Einnahmepotenziale vor Ort heben

84 Kommunen haben schon heute die Möglichkeit, mit erneuerbaren Energien mehr
85 Wertschöpfung vor Ort zu halten und sogar eigene Einnahmen zu sichern – ob mit
86 Solardächern auf der Schule, Windparks in der Region, Nahwärmeprojekten oder in

87 genossenschaftlichen Bürgerenergie-Modellen. Solche Vorhaben schaffen
88 Arbeitsplätze vor Ort, machen unabhängiger von schwankenden Energiepreisen und
89 stärken das Miteinander in der Region.

90 Das kann nicht nur neue Einnahmequellen für die kommunalen Haushalte eröffnen,
91 sondern erweitert auch die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten. Gewinne aus
92 Netzen und Energieversorgung können so bspw. unter der Regie kommunaler
93 Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben, statt ausschließlich an private
94 Investoren abzufließen – und können in Schwimmbäder, Bibliotheken oder Schulen
95 reinvestiert werden. Damit Kommunen diese Chancen konsequent nutzen können,
96 brauchen sie die entsprechende Unterstützung, um Aufgaben der Daseinsvorsorge
97 effizient erfüllen zu können. In diesen Fällen sind der Aufbau und die Stärkung
98 kommunalen Eigentums im Bereich der Daseinsvorsorge sinnvoll, um bspw. die
99 kommunale Energiewende verlässlich voranzubringen.

100 Besonders kleinere Kommunen stoßen bei komplizierten Raumplanungsvorgaben an
101 ihre Grenzen. Deshalb wollen wir Planungsgemeinschaften ermöglichen, in denen
102 Fachpersonal gebündelt wird und Expertise für alle nutzbar ist. Das verschafft
103 auch den kleineren Gemeinden eine echte Stimme bei der Gestaltung ihrer Zukunft.

104 Kommunen eine aktivere Boden- und Wohnraumpolitik ermöglichen

105 Vielerorts sind die Mieten und Bodenpreise ins Unbezahlbare gestiegen. Doch den
106 Kommunen sind oft Fesseln angelegt. Sie brauchen für eine soziale Boden- und
107 Wohnungspolitik mehr rechtliche Möglichkeiten und finanzielle Unterstützung.

108 Zur Begrenzung von Boden- und Immobilienspekulation müssen die politischen
109 Vorgaben zur Verkehrswert- und Bodenrichtwertermittlung reformiert werden. Um
110 möglichst wenige Acker- und Naturflächen in neues Bauland umwandeln zu müssen,
111 sondern mehr Flächen im Siedlungsbereich aktivieren zu können, braucht es eine
112 Stärkung des kommunalen Planungsrechtes. Für die Durchsetzung der kommunalen
113 Planungshoheit und eine strategische kommunale Baulandpolitik braucht es gerade
114 für die vielen finanzschwachen Städte und Gemeinden funktionierende
115 Vorkaufsrechte abseits von Spekulationspreisen. Damit geplante Bauflächen auch
116 tatsächlich bebaut werden, braucht es die bessere Durchsetzbarkeit des
117 Baugebotes.

118 Gestaltungsmöglichkeiten bei kommunalen Steuern erweitern

119 Neben der Grundsteuer ist die Gewerbesteuer die wichtigste kommunale steuerliche
120 Einnahmequelle. Das Aufkommen ist jedoch sehr konjunkturabhängig, und nicht
121 alle, die von kommunalen Investitionen profitieren, tragen auch dazu bei. Unser
122 Ziel ist eine Erhöhung der Unabhängigkeit kommunaler Finanzen von Zuweisungen
123 und Ausgleichzahlungen. Dazu wollen wir das Band zwischen Kommunen, Wirtschaft
124 und Bürger*innen stärker knüpfen und Kommunen die Möglichkeit geben, ihre
125 Einnahmen konjunkturell stabiler und verlässlicher zu gestalten, indem sie
126 Unternehmen fairer beteiligen können. Möglichkeiten hierzu sind zweckgebundene
127 Abgaben wie eine Nahverkehrsabgabe oder die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer
128 zu einer umsetzbaren kommunalen Wirtschaftssteuer. Konkrete
129 Umsetzungsmöglichkeiten dafür werden wir prüfen.

130 Verursachergerechte Finanzierung kommunaler Aufgaben stärken

131 Kommunen entstehen durch einzelne Verursacher oft besondere Kosten. Wir wollen
132 sie dabei entlasten, indem wir sie in ihren Möglichkeiten stärken, diese Kosten

133 stärker auf die Verursacher umzulegen. Ein Beispiel dafür ist der entstehenden
134 Entsorgungs- und Reinigungsaufwand, der aus der Ausgabe von Einwegverpackungen
135 durch einzelne Unternehmen entsteht. In solchen Fällen sollen Kommunen die
136 Möglichkeit erhalten, verursachergerecht und rechtssicher Abgaben wie zum
137 Beispiel eine Verpackungsmittelabgabe zu erheben.

138 **Finanzielle Spielräume schaffen**

139 Konnexitätsprinzip rechtssicher und verbindlich machen

140 Wer bestellt, zahlt! Das Konnexitätsprinzip muss als wesentlicher Grundsatz auch
141 im Verhältnis zwischen Bund und Kommunen gestärkt und rechtssicher sowie
142 durchsetzbar ausgestaltet werden. Wer neue Aufgaben für die Kommunen beschließt,
143 muss sie auch bezahlen.

144 Das Altschuldenproblem nachhaltig lösen

145 Besonders strukturschwache Kommunen brauchen Unterstützung beim Abbau ihrer
146 Schulden und dauerhafte Entlastung im Sozial- und Jugendbereich, um dem
147 Verfassungsgebot der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gerecht werden zu
148 können. Die Bundesregierung muss deshalb jetzt wie versprochen ihren Anteil zur
149 Lösung des kommunalen Altschuldenproblems liefern.

150 Förderprogramme vereinfachen und ihre Anzahl reduzieren

151 Derzeit sind Kommunen ohne Fördermittel häufig selbst bei der Wahrnehmung ihrer
152 Pflichtaufgaben nicht mehr handlungsfähig. Dazu haben Städte und Gemeinden
153 zunehmend Schwierigkeiten, die für deren Beantragung erforderlichen Eigenanteile
154 sowie Verwaltungs- und Planungsleistungen aufzubringen. Wir wollen diesen Weg
155 umkehren: Statt Antragsbürokratie soll es verlässliche Mittel direkt für die
156 Kommunen geben. Es muss daher bei jedem Förderprogramm geprüft werden, ob eine
157 Überführung in die Regelausgleichssysteme möglich ist, insbesondere bei
158 langjährigen und solchen, die kommunale Pflichtaufgaben betreffen. Dies ist auch
159 ein Beitrag zum Abbau des bürokratischen Aufwands.

160 Eine Reduzierung ermöglicht es zudem, notwendige Förderungen zielgenau zu
161 gestalten, etwa durch breitere Anwendungsfelder, mit mehr Pauschalisierungen
162 oder einer Eigenanteilsdynamisierung. Dies bedeutet jedoch auch, dass
163 Förderungen von allgemein durch Ausgleichssysteme finanzierten Zielen zukünftig
164 ausgeschlossen wären. Bei den verbleibenden Förderprogrammen gilt es über eine
165 Digitalisierung der Programme, allgemeine Standards und eine vereinfachte
166 Antragstellung und Dokumentation sicherzustellen. Dies schafft auch die
167 Grundlage für eine bessere Evaluation der geförderten Maßnahmen.

168 Steuerverteilung fairer gestalten – kommunale Anteile stärken

169 Die Kommunen erbringen einen Anteil von rund 25 Prozent der öffentlichen
170 Leistungen. Gleichzeitig steht ihnen aber nur ein Anteil von ca. 14 Prozent des
171 Steueraufkommens zu. Deshalb brauchen sie eine dauerhafte und spürbare
172 Entlastung. Dafür soll der Bund den direkten Anteil der Kommunen an der
173 Umsatzsteuer erhöhen. So lassen sich bedarfsbedingte Defizite schließen.

174 Gleichzeitig nehmen wir auch Zukunftsaufgaben in den Blick: Mit „Kommunalen
175 Freiheitsbudgets“ schaffen wir zweckgebundene, aber flexible Mittel, über die

176 vor Ort entschieden werden kann – ganz ohne Förderdschungel. Wir setzen uns
177 parallel dafür ein, Klimaschutz und -anpassung zur Gemeinschaftsaufgabe von
178 Bund, Ländern und Kommunen zu machen. Das stärkt Verantwortung, schafft
179 Handlungsspielräume und baut Bürokratie ab.

180 Mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich

181 Unsere heutigen Finanzausgleichssysteme gleichen vor allem Einnahmeunterschiede
182 aus. Doch die Realität ist längst vielfältiger: Kommunen sind unterschiedlich
183 stark von Klimafolgen, demografischem Wandel oder besonderen Herausforderungen
184 im ländlichen Raum betroffen. Künftig müssen Finanzausgleiche auch diese
185 Unterschiede abbilden. Ein „Kombinationsfaktor im Finanzausgleich“ kann dafür
186 sorgen, dass etwa Gemeinden mit hohen Klimaanpassungskosten oder Regionen mit
187 Abwanderung automatisch zusätzliche Mittel erhalten. So stellen wir sicher, dass
188 niemand zurückbleibt.

189 Einfacher Zugang zu EU-Förderprogrammen für Kommunen

190 Die aktuellen Bestrebungen auf EU-Ebene, die Strukturförderungen des EU-
191 Haushaltes auf der nationalen Ebene zu zentralisieren, lehnen wir ab. Unser Ziel
192 ist die Schaffung eines direkten und einfachen Zugangs zu EU-Fördermitteln für
193 Kreise, Städte und Gemeinden. Nur so können sie gemeinsame europäische Ziele wie
194 Klimaschutz gut umsetzen. Wir fordern von der EU-Kommission, den direkten Zugang
195 zuerst für Kommunen in den EU-Ländern zu ermöglichen, deren Fördermittel durch
196 den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus eingefroren sind.